
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Zum Antrag der Koalitionsfraktionen im Bundestag „Moderne Netze für ein modernes Land – Schnelles Internet für alle“

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) nimmt gern die Gelegenheit wahr, den oben genannten Antrag der Koalitionsfraktionen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu kommentieren. Breitband ist nicht nur Voraussetzung für die Teilhabe der Bevölkerung an Wissen und Bildung sowie für die Präsenz des Staates mit seinen digital angebotenen Dienstleistungen (E-Government), sondern vor allem auch ein kritischer Inputfaktor für betriebliche Prozesse. Unternehmen müssen mit anderen Unternehmen, Kunden und Verwaltungen vernetzt sein, um die Potenziale der Digitalisierung voll auszuschöpfen. Voraussetzung dafür sind leistungsfähige Breitbandanschlüsse. Diese sind darüber hinaus eine essentielle Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Denn nur wenn sie zur Verfügung stehen, werden sich neue Dienstleistungen, Anwendungen und Geschäftsmodelle entwickeln können, die wir heute noch nicht kennen.

Doch viele Unternehmen sind in Regionen angesiedelt, in denen der Breitbandausbau noch nicht genügend fortgeschritten ist. Davon betroffen sind auch viele Gewerbegebiete: noch immer werden neue Gewerbegebiete ohne Breitbandanschluss geplant, und in Kommunen werden ganze Wohngebiete ans Breitbandnetz angeschlossen – unter Ausschluss des Gewerbegebietes nebenan.

Folgende Schwerpunkte sollten die politische Arbeit bestimmen:

- 1. Unternehmen müssen beim Breitbandausbau stärker in den Fokus rücken**
- 2. Breitbandinfrastruktur muss langfristig und zukunftsorientiert geplant werden**
- 3. Kommunen müssen ihre zentrale Planungs- und Koordinierungsfunktion aktiv wahrnehmen**

Die politische Zielsetzung, bis 2018 flächendeckend Breitbandverbindungen von mindestens 50 Mbit/s verfügbar zu machen, ist zwar ehrgeizig, greift jedoch – insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen der Unternehmen – zu kurz. Diese werden in absehbarer Zeit Anschlüsse benötigen, die neben hohen Download- auch hohe Uploadraten erfordern, sowie eine symmetrische Datenübertragung mit geringen Latenzzeiten und Paketverlustraten. Auch wenn der aktuelle Bedarf heute zum großen Teil noch mit sogenannten Zwischentechnologien befriedigt werden kann, ist doch mittelfristig der intensiviertere Ausbau einer Glasfaserinfrastruktur bis in die Gebäude hinein (FTTH/FTTB) erforderlich.

Die aktuelle Zielsetzung der Bundesregierung und auch der vorliegende Breitbandantrag der Koalitionsfraktionen jedoch fokussieren auf die Zwischentechnologie Vectoring. Sie lässt sich vergleichsweise schnell umsetzen und korrespondiert mit dem politischen Horizont, kann aber die oben genannten künftigen Anforderungen – insbesondere gewerblicher Nutzer – nicht erfüllen. Sie wird auch nicht dazu führen, dass der ländliche Raum besser mit Breitband versorgt wird. Die hier in Richtung der Endkunden verbaute aktive Technik bindet finanzielle Mittel, die von den Telekommunikationsanbietern zunächst „zurückverdient“ werden müssen, ehe man sich an den weiteren Ausbau wagt. Damit ist schon heute absehbar, dass der Vectoring-Ausbau den langfristig notwendigen Ausbau mit Glasfasertechnologie verzögern wird.

Bereits heute ist auch absehbar, dass die gegenwärtige Fokussierung der Politik auf das 50 Mbit/s-Ziel in vergleichsweise kurzer Zeit wieder Forderungen nach Verbesserungen der Infrastruktur aufkommen lassen wird. Notwendig ist, dass bei einer volkswirtschaftlich so bedeutsamen Infrastruktur wie der Breitbandversorgung – ebenso wie in der Energie- und Umweltpolitik – längerfristige Ziele formuliert und die gesamtwirtschaftlichen und die regionalen Planungen sowie die Förderpolitik darauf ausgelegt werden.

Die Fokussierung auf das 50 Mbit/s-Ziel setzt sich bis auf die kommunale Ebene fort. Damit verbunden sind hohe Transaktionskosten, wenn nämlich bei den regionalen Entscheidungsträgern in ein paar Jahren die Erkenntnis reift, dass eine tatsächlich nachhaltige zukunftsorientierte Infrastruktur geschaffen werden muss. Denn in anderen Ländern sind bereits heute Anwendungen im Markt, die nur mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen funktionieren. Diese werden auch in Deutschland nachgefragt, bzw. ähnliche Dienste werden hier entstehen. Dann muss die Arbeit vor Ort (Einbindung aller Beteiligten, Erstellung der Planungen, Kostenschätzungen, Prüfung von Kostensenkungspotenzialen bei Tiefbauarbeiten, Suche nach einem Netzbetreiber etc.) erneut gemacht werden. Damit einher ginge ein Verlust an politischer Glaubwürdigkeit bei Bürgern und Unternehmen, wenn heute vermittelt wird, dass das gegenwärtige Versorgungsziel alle Probleme lösen wird – was es aber nicht tut.

Deshalb müssen die Öffentlichkeit und die kommunalen Entscheidungsträger bereits heute darauf hingewiesen werden, dass das 50 Mbit/s-Ziel nur ein erster Meilenstein sein kann. Für die Regionen muss es langfristige Entwicklungspläne für den Breitbandausbau geben, die sich an der Entwicklung der zukünftigen Nachfrage weit über die 50 Mbit/s-Marke hinaus orientieren. Dabei sind auch Kostensenkungspotenziale im Zusammenhang mit Modernisierungsvorhaben in anderen Infrastrukturbereichen in die Planungen einzubeziehen. Die Kommunen sind gefordert, entsprechende Kompetenzen dafür aufzubauen. Bund und Länder müssen sie stärker dabei unterstützen.

Die Entwicklung nachhaltiger regionaler Masterpläne in Richtung FTTH/FTTB muss auf realen Kostenschätzungen basieren. Auf diesen wesentlichen Aspekt sollte sich ein Teil der Breitbandforschung konzentrieren. Realistischere Kostenschätzungen auf Basis regionaler Informationen der Kommunen könnten sich auch auf den Fördermittelbedarf auswirken. Voraussetzung dafür ist, dass die Kommunen die vorhandenen Standortinformationen maschinenlesbar zur Verfügung stellen (Open data).

Ansprechpartner:

Dr. Katrin Sobania, Tel. 030-20308-2109, E-Mail: sobania.katrin@dihk.de